

Altersarmut stoppen

Ein Bündnis von 31 Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften aus Baden-Württemberg - darunter die KAB in der Rottenburg-Stuttgart - setzt sich für ein Umdenken in der Rentenpolitik ein, weil in absehbarer Zeit die Verarmung von Millionen von Rentner/innen droht.

31 Organisationen, Verbände und Gewerkschaften aus Baden-Württemberg haben sich am 3. April in Stuttgart zum „Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg“ zusammengeschlossen, um noch vor der Bundestagswahl für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzutreten – u. a. mit mehr als 50 Veranstaltungen vor den Sommerferien. Die Bündnispartner eint die Sorge, dass in weniger als 15 Jahren Millionen Rentner/innen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden, wenn nicht heute gegengesteuert wird. Sie fordern deshalb im Kern, dass die staatliche Rente auch in Zukunft einen Lebensunterhalt gewährleisten muss.

KAB-Diözesanvorsitzender Ernst Bodenmüller betonte bei der Gründung des Bündnis: „Das Rentenniveau beträgt derzeit 47,7 Prozent und sinkt weiter. Nach aktuellen Berechnungen wird es im Jahr 2030 nur knapp über der gesetzlichen Grenze von 43 Prozent liegen. Die Renten bleiben somit hinter der Lohnentwicklung zurück. Und wenn das Rentenniveau dann noch weiter sinkt? Eine „Haltelinie“ vor dem finanziellen Absturz im Alter ist dieses Niveau nicht. Die KAB sagen: Rente muss vor Armut schützen und solidarisch sein!“

Der Diözesanausschuss „Soziale Gerechtigkeit“ im Diözesanrat, arbeitet schon länger am Thema Altersarmut und bereitet derzeit einen entsprechenden Schwerpunkt für die Diözesanratssitzung am 12./13. Mai vor. Dann werden die 120 Delegierten beraten, wie die katholische Kirche in Württemberg sich politisch für gerechte Rentenmodelle, angemessene Löhne und bessere Arbeitsbedingungen vor allem für Frauen und Alleinerziehende einsetzen und was sie für ältere Menschen mit knapper Kasse tun kann.

Dass akuter Handlungsbedarf besteht, macht ver.di Landesbezirksleiter Martin Gross deutlich: „Wir hatten die Initiative für dieses Bündnis ergriffen, weil wir schon seit Jahren wissen: Insbesondere bei den unterdurchschnittlich bezahlten Berufen im Dienstleistungsbereich, das betrifft zig Millionen Menschen in Deutschland, tickt eine soziale Zeitbombe. Wer den Mindestlohn erhält, muss 58,7 Jahre Vollzeit arbeiten, um im Alter mehr als Grundsicherung zu erhalten. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.“

Manuela Rukavina, Vorsitzende des Landesfrauenrates, macht darauf aufmerksam, dass besonders Frauen altersarmutgefährdet sind: „In Baden-Württemberg verdienen Frauen durchschnittlich 26 Prozent weniger als Männer, mit gravierenden Folgen für ihre Rente. Der alte Spruch ‚Frauen leben länger – aber wovon?‘ wird immer aktueller. Wir als Gesellschaft und die Politik bauen in weiten Teilen darauf, dass Frauen ihre Erwerbsbiographien am Wohle anderer ausrichten, bezahlen sie dafür schlechter und am Ende ihres Lebens stehen diese Frauen zum Dank dafür mit Minirenten da.“ Dieses Problem verschärft sich, wenn Frauen alleinerziehend sind, weiß Brigitte Rösiger vom Landesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV): „Alleinerziehende arbeiten praktisch ohne Aussicht auf Rente, sie steuern auf Altersarmut zu!“